
Jahresziele und Projekte 2012 der Bildungs- und Kulturdirektion

Altdorf, 13. Januar 2012

ÜBERSICHT

durch Anklicken gelangen Sie auf das entsprechende Ziel

Direktionssekretariat	3
Umsetzungsmassnahmen im Rahmen des Leitbildes der Bildungs- und Kulturdirektion (BKD)	3
Zukünftige Steuerung des Bildungswesens.....	3
Volksschule	4
Bericht zum Handlungsfeld Oberstufe und zu den Kostensteigerungen im Bildungswesen (Motion Markus Zurfluh).....	4
Kompetenzregelung zwischen Schulrat und Schulleitung.....	4
Volksschule 2016: effiziente Umsetzung des Berufsauftrags	5
Neues Beurteilungsreglement und Einsatz von iCampus als Zeugnissoftware	5
Umfrage zur Zukunft des Italienischunterrichts an den Volksschulen im Kanton Uri	5
Anpassung der Förderungsmassnahmen aufgrund der Evaluation und der integrativen Förderung auf der Oberstufe	6
Interventionsplan Amoklauf für die Schulen	6
Projekte der Ansprechstelle Integrationsfragen.....	7
Berufsbildung und Mittelschulen	8
Case Management Berufsbildung	8
Einführung neuer Bildungsverordnungen	8
Externe Evaluation der Kantonalen Mittelschule und des bwz uri.....	9
Bericht zu einem zweisprachigen Langzeitgymnasium	9
Sportförderung.....	10
Konzept Erwachsenensport im Kanton Uri.....	10
Sportanlagenkonzept.....	10
Revision des Sportreglements.....	11
Kulturförderung.....	11
Umsetzung der UNESCO Konvention zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes IKE	11
Jugendpolitik.....	12
Erarbeiten von rechtlichen Grundlagen für die Kinder- und Jugendförderung.....	12

Umsetzungsmassnahmen im Rahmen des Leitbildes der Bildungs- und Kulturdirektion (BKD)

[Zurück zur Übersicht](#) Die BKD hat im 2007 ein Leitbild beschlossen ([LINK auf Leitbild](#)). Das Leitbild wird laufend mit Massnahmen ergänzt. Im 2012 sollen folgende Massnahme umgesetzt werden:

- In allen Abteilungen sind die wichtigsten Abläufe beschrieben und mit Leistungsstandards versehen.

Stand

Alle Abteilungen haben im 2009 erste Abläufe beschrieben. Im 2010 und 2011 wurden die Arbeiten fortgesetzt.

Nächste Schritte

Einzelne Abläufe werden im Zusammenhang mit der Einführung einer neuen Softwarelösung für das Rechnungswesen (Gemowin) überarbeitet und angepasst.

Ziel bis Ende Jahr

Die Beschreibung der Abläufe mit Leistungsstandards ist in allen Abteilungen erfolgt.

Zukünftige Steuerung des Bildungswesens

[Zurück zur Übersicht](#) Im Rahmen von Volksschule 2016 soll auch die zukünftige Steuerung des Bildungswesens im Kanton Uri festgelegt werden. Welche Rolle haben Regierungsrat, Erziehungsrat und Mittelschulrat in Zukunft.

Stand

Erste Überlegungen sind im Planungsbericht Volksschule 2016 an den Landrat enthalten (siehe: [Planungsbericht](#))

Nächste Schritte

Es wird ein Grundlagenpapier erarbeitet, das dem Regierungsrat (in neuer Zusammensetzung) als Entscheidungsgrundlage für das Festlegen des weiteren Vorgehens dient.

Ziel bis Ende Jahr

Entscheid über das weitere Vorgehen ist gefällt.

Bericht zum Handlungsfeld Oberstufe und zu den Kostensteigerungen im Bildungswesen (Motion Markus Zurfluh)

[Zurück zur Übersicht](#)

Der Landrat hat an seiner Session vom 14. September 2011 eine Motion von Landrat Markus Zurfluh zum Planungsbericht "Volksschule 2016" als erheblich überwiesen. Die Motion verlangt einen ergänzenden Bericht mit folgenden beiden Themen:

1. Handlungsfeld Oberstufe

Es soll aufgezeigt werden, welche Varianten sich bei den Zusammenlegungen der Oberstufenzentren ergeben, wenn das Untergymnasium ebenfalls in die Überlegungen miteinbezogen wird. Die Auswirkungen auf das Gymnasium und auf die Oberstufenzentren sollen ausgewogen beleuchtet werden. Weiter sollen im Bericht Aussagen zu den pädagogischen Bereichen, den Strukturen und den Kosten, die mit der Zusammenlegung der Oberstufen verbunden sind, gemacht werden.

2. Kostensteigerung im Bildungswesen

Die bestehenden Vorschriften und Abläufe im Bildungswesen sollen auf deren Notwendigkeit und Wirksamkeit überprüft werden. Hauptsächlicher Bereich soll dabei das Qualitätsmanagement mit dessen Kosten und Nutzen sein. Es soll weiter aufgezeigt werden, ob und wo im administrativen Bereich der zeitliche Aufwand und damit verbunden die Kosten gesenkt werden können. Schliesslich soll im Bericht aufgezeigt werden, welche Vorgaben die Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) machen kann, um den Schulen die Administrativarbeiten zu erleichtern.

Nächste Schritte

Es werden Grundlagen gesammelt und der Bericht erstellt.

Ziel bis Ende Jahr

Bericht ist erstellt und vom Landrat zur Kenntnis genommen.

Kompetenzregelung zwischen Schulrat und Schulleitung

[Zurück zur Übersicht](#)

Der Landrat behandelte den Planungsbericht Volksschule 2016 an seiner Session vom 26. Januar 2011. Im Rahmen dieses Berichts wird vorgeschlagen, die Kompetenzen zwischen Schulrat und Schulleitung neu zu regeln. [LINK auf Planungsbericht](#)

Stand

Die Arbeiten wurden noch nicht aufgenommen.

Nächste Schritte

Die Arbeiten dazu sollen wie folgt an die Hand genommen werden:

- Erarbeiten eines Berichts in Zusammenarbeit mit einer Projektgruppe bis Ende Februar 2012
- Vernehmlassung zum Bericht im Mai und Juni 2012
- Behandlung Vorlage im Landrat am 3. Oktober 2012

Ziel bis Ende Jahr

Der Landrat hat bis Ende Jahr die entsprechenden Beschlüsse gefasst.

Volksschule 2016: effiziente Umsetzung des Berufsauftrags

[Zurück zur Übersicht](#) Die Belastung der Lehrpersonen wurde in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit zunehmend zum Thema. Mit Hilfe eines Projektes soll geklärt werden, mit welchen Massnahmen in den verschiedenen Arbeitsfeldern die "administrativen und bürokratischen" Arbeiten der Lehrpersonen reduziert werden können, damit die Rahmenvorgaben des Berufsauftrages eingehalten werden können und somit auch das Arbeitsfeld Klasse (Kerntätigkeit) den notwendigen Stellenwert beibehalten oder wieder erlangen kann.

Stand

Der Erziehungsrat hat den Projektauftrag beschlossen und es wurde eine Projektgruppe eingesetzt. Die Projektgruppe hat die Arbeiten aufgenommen.

Nächste Schritte

Zwischen dem 3. Februar 2012 und dem 2. März 2012 wird eine Befragung von Lehrpersonen durchgeführt.

Ziel bis Ende Jahr

Es liegt ein Schlussbericht mit konkreten Vorschlägen vor.

Neues Beurteilungsreglement und Einsatz von iCampus als Zeugnissoftware

[Zurück zur Übersicht](#) Der Erziehungsrat hat am 7. Dezember 2011 ein neues Beurteilungsreglement (bisher Promotionsreglement) beschlossen und auf den 1. August 2012 in Kraft gesetzt ([Medienmitteilung](#)).

Die aktuelle digitale Zeugnisversion kann nicht mehr langfristig eingesetzt werden. Das Schulverwaltungsprogramm iCampus, welches von allen Schulen für die Schulstatistik verwendet wird, bietet ohne Aufpreis die Möglichkeit, Zeugnisse zu verwalten. Ab Schuljahr 2012/2013 wird deshalb iCampus als Zeugnisverwaltungssoftware eingesetzt.

Stand

Der Auftrag zur Gestaltung des Zeugnisses für eine Testversion wurde erteilt. Die Zeugnissoftware wurde von einzelnen Lehrpersonen getestet.

Nächste Schritte

Die Testphase wird ausgewertet und das Endprodukt erstellt. Die Lehrpersonen werden an speziellen Veranstaltungen in das neue Beurteilungsreglement und die neue Software eingeführt.

Ziel bis Ende Jahr

iCampus als Zeugnissoftware wird ab 1. August 2012 produktiv eingesetzt.

Umfrage zur Zukunft des Italienischunterrichts an den Volksschulen im Kanton Uri

[Zurück zur Übersicht](#) Der Kanton Uri verfolgt ein Fremdsprachenmodell 3 / 7. Als erste Fremdsprache wird Englisch ab der 3. Primarklasse unterrichtet. Der Unterricht in der zweiten obligatorischen Fremdsprache (Französisch) beginnt in der 7. Klasse (1. Oberstufe). Die Schülerinnen und Schüler haben zusätzlich in der 5. und 6. Primarklasse die Möglichkeit Italienisch als Wahlfach zu belegen. Mittels einer Um-

frage soll geklärt werden, welche Haltung die einzelnen Akteure zur Weiterführung von Italienisch als Wahlfach haben.

Stand

Der Erziehungsrat hat das Amt für Volksschulen beauftragt, die Umfrage vorzubereiten.

Nächste Schritte

Es wird ein Bericht erstellt, der zwischen dem 26. März 2012 und 30. April 2012 in eine Vernehmlassung gegeben werden kann.

Ziel bis Ende Jahr

Der Erziehungsrat hat die formalen Beschlüsse gefasst.

Anpassung der Förderungsmassnahmen aufgrund der Evaluation und der integrativen Förderung auf der Oberstufe

[Zurück zur Übersicht](#) Das Institut für Schule und Heterogenität (ISH) der PHZ Luzern führte im Auftrage der Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) im Mai 2011 eine Umfrage bei Lehrpersonen und Schulischen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen durch. Die Umfrage war Grundlage für die Evaluation der Förderformen (IF) auf der Kindergarten- und Primarstufe im Kanton Uri ([Evaluationsbericht](#)).

Verschiedene Oberstufenschulen beabsichtigen ab Schuljahr 2012/2013 die Schülerinnen und Schüler der Werkschule integriert in den Klassen der Oberstufen zu unterrichten.

Aufgrund dieser Ausgangslage müssen die bestehenden Richtlinien über die Förderungsmassnahmen angepasst und eine entsprechende Dokumentation für die Schulen erstellt werden.

Stand

Der Erziehungsrat hat die überarbeiteten Richtlinien über die Förderungsmassnahmen am 11. Januar 2012 beschlossen.

Nächste Schritte

Die Dokumentation wird erarbeitet.

Ziel bis Ende Jahr

Die Dokumentation liegt bis Mai 2012 vor.

Interventionsplan Amoklauf für die Schulen

[Zurück zur Übersicht](#) In Zusammenarbeit zwischen Abteilung Schulpsychologischer Dienst (SPD), Amt für Volksschulen, der Polizei und den Schulleitungen soll ein neuer Interventionsplan für den Bereich Amoklauf erarbeitet werden.

Stand

Es fand eine erste Besprechung statt, bei der das weitere Vorgehen festgelegt wurde.

Nächste Schritte

Es wird ein möglicher Inhalt erarbeitet. Dieser wird mit der Vereinigung Schulleiterinnen und Schulleiter Uri (VSL) besprochen. Darauf wird ein Musterdossiereinsatz erstellt. Darauf gestützt sollen die Schulen verpflichtet werden, ein Dossier für die eigene Schule zu erarbeiten.

Ziel bis Ende Jahr

Der Interventionsplan liegt vor und ist allen Schulen bekannt.

Projekte der Ansprechstelle Integrationsfragen

[Zurück zur Übersicht](#)

Am 26. Oktober 2010 hat der Regierungsrat das Umsetzungskonzept Integration Uri zur Kenntnis genommen. Das Konzept (siehe <http://www.ur.ch/dateimanager/umsetzungskonzept-integration-uriv11.pdf>) schlägt eine Reihe von Massnahmen vor. Im Laufe des Jahres 2011 sollen folgende Punkte an die Hand genommen werden:

- Es wird eine Informationsmappe für Neuzugezogene erstellt.
- Es wird ein Konzept für das Pilotprojekt Erstinformation erarbeitet.

Stand

Die Informationsmappe wurde erstellt. Link auf die Information in verschiedenen Sprachen: <http://www.ur.ch/de/bkd/afv/integration-m2291/>.

Die Informationsmappe ist im Einsatz. Das Konzept Erstinformation wurde erarbeitet.

Nächste Schritte

Das Projekt Erstinformation wird in den Gemeinden Altdorf und Erstfeld durchgeführt. Im 2012 wird bei den Gemeinden eine Bedürfnisabklärung durchgeführt, damit das Integrationsprogramm 2014-2018 erarbeitet werden kann.

Ziel bis Ende Jahr

Erste Erfahrungen im Projekt Erstinformation sind ausgewertet und Bedürfnisabklärung wurde durchgeführt.

Berufsbildung und Mittelschulen

Case Management Berufsbildung

[Zurück zur Übersicht](#)

Mit Case Management will der Bund den Übergang von der Volksschule über die Berufsbildung ins Erwerbsleben verbessern (vgl. Dossier "[Case Management](#)").

Der Regierungsrat hat entschieden, dass im Kanton Uri ein Case Management Berufsbildung gemäss Vorgaben des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie (BBT) in Zusammenarbeit mit den anderen Zentralschweizer Kantonen umgesetzt werden soll. Die Ziele des Projektes *Case Management Berufsbildung* in Uri sind die folgenden:

- Die Prozessabläufe (insbesondere an den Schnittstellen) sind geklärt, beschrieben und werden von allen beteiligten Institutionen eingehalten.
- Es ist geklärt, zu welchem Zeitpunkt bei welcher Institution die Entscheidungs-, Handlungs- und Steuerungskompetenzen liegen. Die Rollen der einzelnen Akteure sind klar.
- Es findet an der Oberstufe eine frühzeitige Erfassung der Personen statt.
- Die bestehenden Betreuungsangebote arbeiten in jedem Einzelfall optimal zusammen.
- Für Personen, welche durch das Case Management Berufsbildung erfasst wurden, wird eine übergeordnete Fallführung eines Case Managers, einer Case Managerin angeboten, welche die Betreuungsaufgaben und die Massnahmen von der Erfassung, über die Vorbereitung auf die Berufsbildung, die berufliche Grundbildung, den erfolgreichen Lehrabschluss bis zur nachhaltigen Eingliederung in die Arbeitswelt koordiniert. Sie/er führt während des ganzen Prozesses den Fall.

Stand

Es liegt ein Schlussbericht vor. Die Aufgabe Case Management wird neu von Lukas Schneider, Berufs-, Studien- und Laufbahnberater wahrgenommen.

Ziel bis Ende Jahr

Nahtloser Übergang des Case Management Berufsbildung von der Projektleitung zur Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung.

Einführung neuer Bildungsverordnungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Im 2012 werden neue Berufe nach Grundlagen des neuen Berufsbildungsgesetzes eingeführt. Die Einführung der folgenden Berufe ist gemäss Masterplan des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie geplant:

- Gärtner/in EFZ Gärtnerpraktiker/in EBA¹,
- Milchtechnologe/in EFZ,
- Fahrradmechaniker/in EFZ,
- Kleinmotorrad- und Fahrradmechaniker/in EFZ,
- Motorradmechaniker/in EFZ,
- Kaufmann/Kauffrau EFZ,
- Boden-Parkettleger/in EFZ,
- Coiffeur/Coiffeuse EBA

Ziel bis Ende Jahr

Die Lehrbetriebe sind zu den neuen beruflichen Grundbildungen informiert. Die Bildungsbewilligungen sind erteilt. Die Zahl der Lehrstellen bleibt in den betroffenen Berufen trotz Reformen konstant.

¹ EFZ: eidg. Fähigkeitszeugnis; EBA eidg. Berufsattest

Externe Evaluation der Kantonalen Mittelschule und des bwz uri

[Zurück zur Übersicht](#)

Der Regierungsrat hat in seinem Legislaturprogramm 2008 bis 2012 festgehalten, dass er an der Berufsfachschule (bwz uri) und an der Kantonalen Mittelschule externe Evaluationen durchführen will.

Stand

Im 2011 wurde die Kantonale Mittelschule durch die Interkantonale Fachstelle für Externe Schulevaluation auf der Sekundarstufe II (IFES) evaluiert. Der Bericht wird in den ersten 4 Monaten des Jahres 2012 vorliegen. Ebenfalls wurde das bzw im 2011 evaluiert. Der Bericht über die Evaluation des bwz liegt vor.

Nächste Schritte

Sobald der Bericht über die Externe Schulevaluation der Kantonalen Mittelschule von IFES vorliegt, wird ein Bericht zuhanden des Regierungsrates erstellt.

Ziel bis Ende Jahr

Der Bericht über die Externe Schulevaluation der Kantonalen Mittelschule wurde vom Regierungsrat in der ersten Hälfte 2012 zur Kenntnis genommen.

Bericht zu einem zweisprachigen Langzeitgymnasium

[Zurück zur Übersicht](#)

Der Landrat wird an seiner Session vom 25. Januar 2012 eine Motion von Landrat Markus Holzgang zu einem zweisprachigen Langzeitgymnasium behandeln. Die Motion verlangt einen Bericht, der Folgendes aufzeigt:

- Welche Chancen bezüglich Verbesserung der Standortattraktivität ergeben sich für den Wirtschaftsstandort und Lebensraum Uri, wenn dieser ein zweisprachiges Langzeitgymnasium führt?
- Welche Chancen bezüglich Verbesserung der Standortattraktivität ergeben sich für den Wirtschaftsstandort und Lebensraum Uri, wenn das zweisprachige Langzeitgymnasium durch ein Internat ergänzt wird?
- Welche Synergien ergeben sich durch ein Internat im Kontext aktueller Fragen wie Tageschule, Blockzeiten, Mittagstisch, betreute Hausaufgabenzeit, usw.?
- Mit welchen Kosten ist ein zweisprachiges Langzeitgymnasium und ein Internat verbunden?
- Kann sich der Regierungsrat auch vorstellen, als Trägerschaft für ein zweisprachiges Langzeitgymnasium mit Internat das Modell der "Private Public Partnership" in Betracht zu ziehen und sich dafür einzusetzen?

Stand

Es ist davon auszugehen, dass der Landrat die Motion überweisen wird.

Nächste Schritte

Es werden Grundlagen gesammelt und der Bericht in Zusammenarbeit mit der Volkswirtschaftsdirektion (VD) und der Kantonalen Mittelschule erstellt.

Ziel bis Ende Jahr

Bericht ist erstellt und vom Landrat zur Kenntnis genommen.

Sportförderung

Konzept Erwachsenensport im Kanton Uri

[Zurück zur Übersicht](#)

Das Sportkonzept des Bundes sieht vor, den Erwachsenensport in der Schweiz neu zu konzeptionieren. Das Bundesamt für Sport wurde mit der Umsetzung beauftragt. Die Kantone sind dabei die wichtigsten Partner des Bundesamtes. Bereits bestehende Partner wie "Pro Senectute" im Erwachsenensport sollen dabei auf allen Stufen miteinbezogen werden. In Magglingen wird die Kaderausbildung zentralisiert angeboten. Die Kantone koordinieren den Bedarf an Kursen und Angeboten in verschiedenen Sportarten und mit verschiedenen Partnern. Der Anteil der inaktiven Schweizer Bevölkerung soll durch diese gezielten Massnahmen verringert werden.

Stand

Der Projektauftrag wurde von der Bildungs- und Kulturdirektion der Abteilung Sport erteilt. Entsprechende Vorarbeiten wurden geleistet.

Nächste Schritte

Die Abteilung Sport wird eine breit abgestützte Projektgruppe bilden. Die Projektgruppe wird ein Konzept erarbeiten.

Ziel bis Ende Jahr

Die Projektgruppe Erwachsenensport Uri legt bis Mitte des Jahres 2012 der Bildungs- und Kulturdirektion ein konkretes Konzept zur Vernehmlassung vor.

Sportanlagenkonzept

[Zurück zur Übersicht](#)

Gemäss Artikel 16, Absatz 2 der Sportverordnung (RB 10.4111) legt der Kanton in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Organisationen, die sich der Sportförderung widmen, die Grundlagen für eine zukunftsgerichtete Sportanlagenpolitik fest. Damit dies geschehen kann, muss ein Konzept für die Sportanlagen erstellt werden.

Stand

Der Projektauftrag wurde von der Bildungs- und Kulturdirektion der Abteilung Sport erteilt. Die Projektgruppe wurde gewählt und hat drei Sitzungen abgehalten. Zudem wurde eine breite Umfrage über die Situation und Bedürfnisse bezüglich Sportanlagen bei Vereinen, den Besitzern von Sportanlagen und den Schulen durchgeführt und ausgewertet. Es liegt ein Entwurf für das Konzept vor.

Nächste Schritte

Bis Ende Januar 2012 wird eine verwaltungsinterne Vernehmlassung durchgeführt.

Ziel bis Ende Jahr

Das Kantonale Sportanlagekonzept ist vom Regierungsrat Mitte März zur Kenntnis genommen worden.

Revision des Sportreglements

[Zurück zur Übersicht](#)

Das geltende Reglement über die Förderung des Sports (Sportreglement RB 10.4113) vom 14. August 2007 hat sich zwar im Grundsatz bewährt. Trotzdem soll es bezüglich verschiedener Punkte einer Revision unterzogen werden. Das Sportreglement bildet die Grundlage für die Festlegung verschiedener Beiträge an die Vereine. Die praktische Erfahrung hat gezeigt, dass der Verwaltungsaufwand sowohl bei den Vereinen als auch bei der Abteilung Sport hoch ist und durch Pauschalierungen vereinfacht werden kann. Mit entsprechenden Anpassungen im Sportreglement soll hier eine wesentliche Vereinfachung erreicht werden.

Auf Ebene Bund ist in den letzten Jahren im Bereich der Jugendförderung das Programm J+S Kids eingeführt worden. Am 17. Juni 2011 hat das Parlament zudem das Sporförderungsgesetz beschlossen. Mit der Revision des Reglements sollen diese neuen Entwicklungen aufgefangen werden.

Stand

Verwaltungsintern wurde ein Entwurf für die Revision erarbeitet und vom Rechtsdienst begutachtet. Zwischen dem 3. Oktober 2011 und 30. November 2011 fand eine breite Vernehmlassung statt. Das Ergebnis ist ausgewertet.

Nächste Schritte

Die Sportkommission behandelt das Sportreglement an ihrer Sitzung vom 1. Februar 2012.

Ziel bis Ende Jahr

Der Regierungsrat hat das revidierte Sportreglement am 7. Februar 2012 beschlossen.

Kulturförderung

Umsetzung der UNESCO Konvention zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes IKE

[Zurück zur Übersicht](#)

Am 16. Oktober 2008 ist die UNESCO-Konvention zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes für die Schweiz in Kraft getreten. Bund und Kantone haben sich darin verpflichtet, ein Inventar zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes IKE zu erarbeiten, zu führen und periodisch zu aktualisieren. Im April 2010 erhielten die Kantone einen Leitfaden und im Juni 2010 wurde die Inventarisierung offiziell lanciert. Die Zentralschweizer Kantone erarbeiten die Liste des Immateriellen Kulturerbes gemeinsam, weil viele Traditionen kantonsübergreifend sind. Mit der Erarbeitung wurde Dr. Marius Risi beauftragt. Eine erste Entwurfs-Liste wurde im Februar 2011 in der Konferenz der Kantonalen Kulturbeauftragten der Zentralschweiz (KBKZ) und im Mai 2011 in der nationalen Steuerungsgruppe besprochen. Nach der Vernehmlassung durch die Kantone wurde die Liste im Oktober 2011 veröffentlicht, auch im Kanton Uri (siehe: <http://www.ur.ch/de/bkd/ds/kulturerbe-und-traditionen-m2467/>).

Stand

Aus 387 IKE-Eingaben hat die Projektsteuerungsgruppe 166 IKE-Themen ausgewählt. Die Kantone genehmigten diese Liste bis November 2011.

Nächste Schritte

Bis März 2012 werden nun 166 ausführliche Dossiers erstellt, und bis Frühsommer 2012 diese online geschaltet und publiziert (www.lebendige-traditionen.ch). Aus diesen Dossiers werden 5 bis 10 IKE-Traditionen als Liste indicative der UNESCO eingereicht.

Ziel bis Ende Jahr

Die UNESCO- Liste indicative ist bestimmt, die IKE-Dossiers und die kantonalen Portraits sind online und in Buchform veröffentlicht.

Jugendpolitik

Erarbeiten von rechtlichen Grundlagen für die Kinder- und Jugendförderung

[Zurück zur Übersicht](#)

Das Urner Volk entscheidet am 15. April 2012 über die Volksinitiative der JUSO „Jugendhaus für Uri“ und über einen neuen Artikel in der Kantonsverfassung über die Kinder- und Jugendförderung. Je nach Ausgang der Abstimmung werden die Arbeiten im Laufe des 2012 an die Hand genommen.

Stand

Eine erste Zusammenstellung über die mögliche Arbeitsteilung zwischen Kanton und Gemeinden wurde in eine Vernehmlassung gegeben (siehe: [Vernehmlassungsbericht](#)).

Nächste Schritte

Das weitere Vorgehen wird nach dem 15. April 2012 festgelegt. Je nach Ergebnis der Abstimmung wird es möglich sein in den Monaten September und Oktober 2012 eine Vernehmlassung zu einer neuen Verordnung durchzuführen.

Ziel bis Ende Jahr

offen